Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante aktuelle Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen. Heute u. a. zu folgenden Themen: Schuldenstreit in den USA, Sparfluch, Effekt des Euro-Rettungsplans verpufft, Italien und Spanien geraten unter Druck, Rechtspopulisten werben mit Sarrazin, Alleinerziehende müssen Vollzeit arbeiten, Streikdrohung der Fluglotsen, E10, die Unbelehrbaren, Zahl der Kinder seit 2000 gesunken, 1,4 Mio. haben bereits in 2011 den Job verloren, das Märchen vom Fachkräftemangel, Lohndumping, Statistikverschönerung, gefährdete Gesundheitsdaten, giftige Chemikalie im Kindergarten, wie Geissler zu seinem Kompromiss kam, TV-Tipp, zu guter Letzt. (RS/WL/MB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Das Vertrauen fehlt
2. Konjunktursorgen nach dem Ende des Schuldenstreits
3. Leitartikel zu den USA: Politisch Bankrott (durch die Tea-Party)
4. Sparfluch schadet Europa mehr als den USA
5. Effekt des Euro-Rettungsplans verpufft: Neue Wetten gegen Italien und Spanien
6. Italien und Spanien geraten unter Druck: Analysten rechnen mit Mondzinsen
7. Rechtspopulisten werben mit Sarrazin
8. BGH-Urteil: Alleinerziehende müssen Vollzeit arbeiten
9. Streikdrohung zur Urlaubszeit – Warum die Fluglotsen nicht unverschämt sind
10. Ethanol-Sprit E 10 – Kapitulation vor den Kunden
11. Die Unbelehrbaren
12. Zahl der Kinder seit 2000 um 2,1 Millionen gesunken
13. 1,4 Mio. Beschäftigte haben bereits in 2011 Job verloren
14. Das Märchen vom Fachkräftemangel
15. ARD-Film über Lohndumping: Die Paketboten und der Milliardär
16. Die Arbeitsagentur und Instrumente zur Statistikverschönerung
17. Gefährdete Gesundheitsdaten
18. Bisphenol A: Giftige Chemikalie im Kindergarten
19. Wie Geissler zu seinem Kompromiss kam
20. TV-Tipp
21. zu guter Letzt: 1000 Meisterwerke: Typisch CDU!

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Das Vertrauen fehlt**
   Auch nach der vorläufigen Beilegung der Schuldenkrisen in den USA und in der Euro-Zone befinden sich die Finanzmärkte weltweit in Alarmbereitschaft. Den USA droht weiter eine Herabstufung ihrer Kreditwürdigkeit durch die Ratingagenturen. An den Märkten war die Einigung auf eine Anhebung der Schuldenobergrenze sowie auf Ausgabenkürzungen mit Skepsis aufgenommen worden. Der Chefvolkswirt der japanischen Investmentbank Nomura, Richard Koo, fürchtet, dass die amerikanische Wirtschaft durch die vorgesehenen Einsparungen in eine erneute Rezession abrutschen könnte. „Bei weiteren Einsparungen droht den USA ein Double-Dip, wenn nicht sogar eine Deflationsspirale".
   Grund für große Besorgnis ist nach Ansicht der Europäischen Kommission der Anstieg der Zinsen für italienische und spanische Anleihen. Die Rendite für zehnjährige italienische Papiere stieg am Mittwoch bis auf 6,27 Prozent, bei spanischen Staatsanleihen waren es bis zu 6,49 Prozent. Jeder habe nun sieben Prozent im Blick, sagte Michael Leister, Rentenanalyst bei der WestLB. „Jeglicher Bruch der Marke von 6,5 Prozent wird wie ein Katalysator für noch höhere Renditen wirken."
   Quelle: Tagesspiegel

   Anmerkung Orlando Pascheit: *Der Chefvolkswirt der japanischen Investmentbank Nomura, Richard Koo, meinte weiterhin, die Lehre aus der Japan-Krise sei, dass sich der Staat nicht zur gleichen Zeit wie der Privatsektor entschulden könne. Japan habe zehn Jahre gebraucht, um aus der Rezession zu kommen. Gleichzeitig sei die Staatsverschuldung massiv gestiegen. „Es ist traurig zu sehen, dass die USA, Großbritannien und Europa diesen Fehler nun wiederholen".*

   Ergänzende Anmerkung RS: *Hier wird einiges durcheinandergebracht. Insbesondere wird die Reaktion der Börsenmärkte auf den Schuldenkompromiss als Sorgen um die Bonität der USA bewertet, obwohl diese Reaktion das genaue Gegenteil zeigt. Denn solche Sorgen hätten die Zinssätze für US-Staatsanleihen nach oben treiben müssen, aber das Gegenteil ist passiert. Hier die Zinsraten für zehnjährige US-Staatsanleihen der letzten zwölf Monaten:*

Die Senkung der Zinssätze für US-Staatsanleihen in Verbindung mit gleichzeitigen Kursverluste an den Börsenmärkten lässt sich eher als Vertrauensverlust in die Konjunktur interpretieren, was Investoren zur Flucht in US-Staatsanleihen bewegt. Es mag sein, dass die Märkte auf die Reaktion der Rating-Agenturen gespannt sind, aber offenbar nicht deshalb, weil sie ihre Anlageentscheidungen davon beeinflussen lassen. Sonst wären sie aus US-Staatsanleihen ausgestiegen, was normalerweise zu erhöhten Zinsen hätte führen müssen. Siehe auch die Reaktion der Märkte auf einer Herabstufung japanischer Staatsanleihen im Jahre 2002, auf die wir neulich hingewiesen haben.

2. **Konjunktursorgen nach dem Ende des Schuldenstreits**
   Der Jubel über das Ende des Schuldenstreits in den USA ist den Anlegern ziemlich abrupt im Halse stecken geblieben. Schwache Konjunkturdaten machen deutlich, was eigentlich alle Beobachter wissen: Der nun kommende Sparkurs der Regierung wird voraussichtlich die ohnehin schwache Wirtschaft weiter belasten.
   Quelle: FR
3. **Leitartikel zu den USA: Politisch Bankrott (durch die Tea-Party)**
   Mit den Abgeordneten der Tea Party innerhalb der Republikaner wurde im letzten Jahr eine ganze Gruppe von Leuten in den Kongress gespült , die den Kompromiss ablehnen.
   Quelle: FR
4. **Sparfluch schadet Europa mehr als den USA**
   Es ist ein Teufelskreis: Fast überall in der Welt steigen die Schulden, und nun machen Sparpakete auch noch das letzte bisschen Wachstum zunichte. Die Krise droht zum unlösbaren Problem zu werden – vor allem für die Staaten in Südeuropa. “Es gibt eine sehr negative Grundstimmung an den Finanzmärkten”, sagt Holger Schmieding, Chefvolkswirt der Berenberg Bank. “Viele Anleger neigen dazu, immer das

schlechteste Szenario anzunehmen." Bei Ausgabenkürzungen gibt es eine Faustregel", erklärt Schmieding. "Wenn man einen Euro spart, kostet das die Wirtschaft einen halben Euro." Oder anders ausgedrückt: Wenn man Ausgaben in Höhe von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) kürzen will, muss man damit rechnen, dass die Wirtschaftsleistung um ein halbes Prozent schrumpft. Griechenland zum Beispiel will zwischen 2010 und 2015 insgesamt 40 Milliarden Euro sparen. Das entspricht rund 17 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und würde laut der Faustformel 8,5 Prozent Wachstum kosten. Wahrscheinlich wird es sogar noch schlimmer kommen: Im vergangenen Jahr ist die griechische Wirtschaft bereits um 4,5 Prozent geschrumpft. In diesem Jahr soll es Schätzungen zufolge nochmals um rund 3,5 Prozent nach unten gehen. Entsprechend sinken die Steuereinnahmen. "Das Beispiel Griechenland hat gezeigt: Man kann sich auch kaputtsparen", sagt Schmieding. Die USA kommen mit ihrem Sparpaket zwar auf ähnlich hohe Zahlen: Sie wollen 2,4 Billionen Dollar und damit rund 16 Prozent des BIP einsparen. Allerdings strecken sie die Zumutungen über einen doppelt so langen Zeitraum wie in Griechenland. "Die USA haben eine riesige Binnenwirtschaft und genießen immer noch großes Vertrauen an den Finanzmärkten", sagt Schmieding. "Deshalb können sie es sich leisten, die Sparmaßnahmen zu vertagen. Die Euro-Länder können das nicht."
Quelle: Spiegel Online

5. **Effekt des Euro-Rettungsplans verpufft: Neue Wetten gegen Italien und Spanien**
   Kaum ebbt die Angst vor einer US-Insolvenz ab, rückt Europas Schuldenkrise wieder in den Blick. Die Risikoprämien für Italiens und Spaniens Staatsanleihen sind auf Rekordhoch. Schon Mitte September könnten beide Staaten als Geldgeber für Griechenland ausfallen – das würde für Deutschland teuer.
   Quelle: Manager-Magazin
6. **Italien und Spanien geraten unter Druck: Analysten rechnen mit Mondzinsen**
   Die Zinsen steigen ständig. Also wird in der EU erneut hinter den Kulissen verhandelt. Was passiert, wenn die Ansteckungsangst losgeht? Vier Szenarien sind denkbar.
   Quelle: TAZ
7. **Rechtspopulisten werben mit Sarrazin**
   "Wählen gehen für Thilos Thesen" steht auf den Wahlplakaten von Pro Deutschland zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhauses.
   Quelle: FR
8. **BGH-Urteil: Alleinerziehende müssen Vollzeit arbeiten**
   Der Bundesgerichtshof erhöht den Druck auf Alleinerziehende. Sie müssen nach der Scheidung Vollzeit arbeiten – allerdings nur unter bestimmten Bedingungen.
   Quelle: FR

9. **Streikdrohung zur Urlaubszeit – Warum die Fluglotsen nicht unverschämt sind**
   Mitten in der Hauptreisezeit will die Gewerkschaft der Flugsicherung den Urlaubern das Fliegen schwermachen – trotzdem sind die Motive für den angedrohten Streik verständlich. Denn den Fluglotsen geht es nicht nur um höhere Gehälter.
   Quelle: SZ
10. **Ethanol-Sprit E 10 – Kapitulation vor den Kunden**
    Erst hatten Autofahrer den Biokraftstoff E10 regelrecht boykottiert. Später ließen sich manche von dem Preisvorteil locken. Doch selbst der ist nun schon fast verschwunden. Dafür kehrt nun die bevorzugte Sorte vieler Kunden wieder zurück.
    Quelle: SZ
11. **Die Unbelehrbaren**
    Gerd Mielke stellt fest, dass die Parteieliten ihre Augen verschließen vor den Interessen der Wähler im Land.
    Quelle: Badische Zeitung
12. **Zahl der Kinder seit 2000 um 2,1 Millionen gesunken**
    Nach den Ergebnissen des Mikrozensus lebten im Jahr 2010 rund 13,1 Millionen minderjährige Kinder in Deutschlands Haushalten. Vor zehn Jahren – also im Jahr 2000 – war diese Zahl noch um 2,1 Millionen höher: Damals lag sie bei 15,2 Millionen. Der rückläufige Trend wird sich weiter fortsetzen, so die Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung.
    In Westdeutschland sei die Zahl der Kinder zwischen 2000 und 2010 um etwa 10 % auf 11,0 Millionen Kinder gesunken. „Noch gravierender war der Rückgang in Ostdeutschland: Im Jahr 2010 gab es hier knapp 29 % weniger Kinder als zehn Jahre zuvor“.
    Auch hinsichtlich der Familienstrukturen unterscheiden sich West- und Ostdeutschland: Während 2010 in Westdeutschland 79 % der minderjährigen Kinder bei ihren verheirateten Eltern lebten, betrug der entsprechende Anteil in Ostdeutschland nur 58 %. Hier war der Anteil der Kinder in Lebensgemeinschaften mit 17 % fast drei Mal so hoch wie im Westen (6 %). 24 % der ostdeutschen Kinder wohnten bei einem alleinerziehenden Elternteil, im früheren Bundesgebiet waren es 15 %.
    Das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagesmutter beziehungsweise einen Tagesvater ist in den letzten Jahren gestiegen. 2006 betrug die Betreuungsquote noch 14 %, am 1. März 2010 bereits 23 %. Um das Ziel der Bundesregierung zu erreichen, bis 2013 insgesamt 750 000 Betreuungsplätze für unter 3-Jährige zur Verfügung zu stellen, müssen bis dahin noch rund 280 000 Plätze zusätzlich geschaffen werden.
    An den weiterführenden Schulen in Deutschland gibt es einen Trend zur

Höherqualifizierung: Im Schuljahr 2010/2011 besuchten 45 % der Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe ein Gymnasium. Zehn Jahre zuvor hatten nur 37 % die Gymnasiallaufbahn eingeschlagen.
Für rund 33 % der Kinder von Alleinerziehenden stellten … Transferleistungen die Haupteinkommensquelle der Familie dar.
Kinder sind in Deutschland nicht stärker armutsgefährdet als der Durchschnitt der Bevölkerung. Nach der Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) waren im Jahr 2008 in Deutschland 15,5 % der Bevölkerung armutsgefährdet (das durchschnittliche Netto-Einkommen liegt in ihrem Elternhaus unter rund 11.000 Euro (WL)). Für Kinder unter 18 Jahren lag die Quote bei 15,0 %.
Quelle: Destatis

Anmerkung WL: *Jedes sechste Kind wird also in ein armutsgefährdetes Elternhaus hineingeboren, bei einem Drittel der Kinder von Alleinerziehenden sind Transferleistungen die Haupteinkommensquelle der Familie. Braucht man sich da noch zu wundern, dass die Bereitschaft Kinder in eine solche Welt zu setzen abnimmt?*

13. **1,4 Mio. Beschäftigte haben bereits in 2011 Job verloren**
Trotz guter Konjunktur verlieren immer noch relativ viele Menschen ihren Job. Auch bei zurückgehender Arbeitslosenzahl sind im ersten Halbjahr 2011 immer noch 1,442 Mio. aus einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt (neu) arbeitslos geworden. Die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor sehr groß. Arbeitslosigkeit ist keinesfalls ein fester Block. Denn Tag für Tag finden Arbeitslose eine Stelle, während Beschäftigte (erstmals oder erneut) Erfahrung mit Arbeitslosigkeit machen müssen. Auch die Klagen vieler Unternehmen über Fachkräftemangel haben nichts daran ändern können, dass in den ersten 6 Monaten dieses Jahres – trotz wirtschaftlicher Belebung – allein rd. 908.000 Beschäftigte mit betrieblicher Ausbildung den Job verloren haben und arbeitslos wurden.
Immerhin sind rd. 110.000 Beschäftigte mit akademischer Ausbildung in den letzten 6 Monaten nach einer Beschäftigung arbeitslos geworden. Der ansteigende Fachkräftebedarf und die öffentlichen Klagen über Schwierigkeiten bei der Besetzung qualifizierter Stellen hat den Zugang in Arbeitslosigkeit der Akademiker bisher nicht nachhaltig verringern können.
Quelle: Wilhelm Adamy, DGB-Bundesvorstand [PDF – 71.4 KB]
14. **Das Märchen vom Fachkräftemangel**
Karl Brenke vom deutschen Institut für Wirtschaftsforschung analysiert seit langem die Einkommens-Entwicklung in Deutschland. Er kommt zu dem Schluss: Es gibt hier gar keinen Fachkräftemangel, sonst müssten die Löhne höher sein, denn die Löhne

seien wie die Preise der beste Knappheitsindikator: “Die Löhne sind in Deutschland in den letzten Jahren nicht stark gestiegen, das gilt auch für Löhne für Hochqualifizierte oder Ingenieure.”…
Je höher das Angebot, desto geringer sind die Preise und das gelte auch für den Arbeitsmarkt: je höher das Angebot an Arbeitnehmern, desto geringer seien die Löhne, *„wenn Zuwanderung stattfindet, drückt das auf die Löhne.*“…
Und wenn man Fachkräfte aus anderen EU-Staaten anlocken wolle, müsse man gute Arbeitsbedingungen bieten. Dazu gehöre vor allem eine entsprechende Entlohnung. “Wenn die deutschen Arbeitgeber dazu nicht bereit sind, dann werden sie eben die Fachkräfte aus anderen Ländern nicht bekommen, obwohl dort die Arbeitsmarktsituation schwierig ist, wie beispielsweise in Spanien oder Irland.”…
Gleichzeitig laufen den deutschen Unternehmen viele einheimische Fachleute davon: Eine Studie der Bertelsmannstiftung zeigt, dass pro Jahr mehr Wissenschaftler und Führungskräfte aus Deutschland auswandern als einwandern. Deutschland verliert den Kampf um die Köpfe gegen andere EU-Länder. Der Grund ist ganz einfach: Dort wird besser gezahlt und es herrscht eine andere Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte mit Annehmlichkeiten wie Zuschüssen, Kinderbetreuungsangeboten oder Hilfe bei der Stellensuche für die Partner der Zuwanderer.
Fachkräftepotential: Eine halbe Million
Vermittler Franz rechnet vor: Nur etwa die Hälfte der über 55-jährigen Deutschen haben derzeit Jobs. Würde man diese Quote um nur zehn Prozent steigern, hätte die Wirtschaft auf einen Schlag eine halbe Million Fachkräfte mehr. Denn sie stehen dem Arbeitsmarkt sofort zur Verfügung; diese Maßnahme würde also wesentlich schneller helfen im Kampf gegen den Fachkräftemangel als Programme gegen Studienabbrüche oder Arbeits-Anreize für Erziehende.
Quelle 1: Das Erste, plusminus (Text)
Quelle 2: Das Erste, plusminus (Video)

15. **ARD-Film über Lohndumping: Die Paketboten und der Milliardär**
Ausbeutung in der Paketbranche: Der ARD-Film “Das Hermes-Prinzip” zeigt Zusteller, die für Hungerlöhne schuften. Das Unternehmen von Milliardär Michael Otto spricht von Einzelfällen – doch treibt das Hermes-Geschäftsmodell die Subunternehmer zu drastischen Methoden?
Quelle: Spiegel-Online
Immer mehr Ältere von Armut bedroht
Die Altersarmut in Deutschland hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, so eine Studie. Im Untersuchungsjahr 2009 hätten die Einkommen in 11,5 Prozent der Rentnerhaushalte unterhalb der Armutsgrenze gelegen, erklärte das Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Im Jahr 1995 habe die Quote noch bei 9,4 Prozent

gelegen. Die Schere zwischen armen und wohlhabenden Rentnerhaushalten in Deutschland klaffe weiter auseinander.
Quelle 1: taz
Quelle 2: IWH-Halle [PDF – 244 KB]

16. **Die Arbeitsagentur und Instrumente zur Statistikverschönerung**
Interview mit dem arbeitslosen Akademiker Lars Okkenga über sein Leben in Hartz IV Um die Richtigkeit der Hartz IV-Reformen zu beweisen, wird auf die niedrigere Arbeitslosenquote verwiesen. Allerdings werden dort beispielsweise Arbeitslose nicht aufgeführt, die eine sogenannte "Maßnahme" besuchen müssen. Aus diesem Grunde hat sich eine mit staatlichen Geldern finanzierte eigene "Maßnahmenindustrie" entwickelt, die zwar nicht für positive Resultate auf dem ersten Arbeitsmarkt sorgt, aber in erheblichem Maße dazu beiträgt, den Propaganda-Apparat pro Hartz IV am Laufen zu halten. Denn außer, dass die Reallöhne im mittleren und unteren Bereich sinken, während der Niedriglohnsektor zunimmt und sich prekäre Arbeitsverhältnisse ausweiten, hat Hartz IV tatsächlich wenige Effekte auf dem ersten Arbeitsmarkt geriert.
Quelle: Telepolis
17. **Gefährdete Gesundheitsdaten**
Die Leistungsfähigkeit der Informationstechnik erleichtert den Missbrauch medizinischer Daten durch die Überforderung von Ärzten und Patienten.
Quelle: Telepolis
18. **Bisphenol A: Giftige Chemikalie im Kindergarten**
Umweltschützer finden Bisphenol A in vielen KiTas und fordern ein weitreichendes Verbot. Das Umweltbundesamt unterstützt dies, doch die Regierung wartet ab.
Quelle: TAZ
19. **Wie Geissler zu seinem Kompromiss kam**
Der Kompromiss des Schlichters im Stuttgarter Bahnhofstreit hat Zürcher Wurzeln. Der Stresstest-Gutachter Werner Stohler hat ihn ausgearbeit. Die Kernanliegen beider Seiten würden damit erfüllt und dazu noch Kosten gespart. Erstmals erklärt Stohler selbst, wie das funktionieren soll.
Quelle: NZZ
20. **TV-Tipp**
Donnerstag, 04.08., 21:45 – 22:15 Uhr, ARD: Monitor (Jobwunder Deutschland: Gleiche Arbeit – halber Lohn / Millionen für die Rüstungsindustrie – bezahlt vom Steuerzahler / Rohstoffe – Dubiose Geschäfte eines Weltkonzerns?)
Quelle 1: tvinfo.de
Quelle 2: Monitor
21. **zu guter Letzt: 1000 Meisterwerke: Typisch CDU!**

Wie würde ein Kunsthistoriker dieses Plakat interpretieren, was ist die tiefere Botschaft des „Typisch-CDU-Plakats“? Die Kernbotschaft ist die Perspektive des Betrachters. Unverkennbar nimmt der Betrachtende eine liegende Perspektive ein und wird von den Figuren des Plakates, die in einem faustischen Pakt verbunden scheinen, von oben herab angegrient. Der Wähler liegt am Boden, die CDU lacht hämisch – typisch CDU! Das passt doch schon einmal.

Quelle: Spiegelfechter